

Haushaltsrede: Haushalt 2021

Sehr geehrter Herr Landrat Bernhard,
sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Wir leben in einer Zeit rasanter gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Veränderungen.

Diese Veränderungen werden durch äußere Umstände wie Klimawandel, Einwanderungs- und Asylpolitik, Digitalisierung und die Pandemie Covid-19, verursacht. Doch sie gehen auch mit einem inneren Gesinnungs- und Wertewandel im Bewusstsein und Denken der Menschen einher. Wir stehen hier vor einer historischen „Bruchstelle“, an der sich diese Änderungen in ungeahntem Ausmaß geradezu sprunghaft vollziehen.

Für die Haushaltspolitik der öffentlichen Kassen ist vor allem die sich zunehmend verschlechternde wirtschaftliche Lage bedeutsam. Die Haushalte im Bund, den Ländern, den Regionen, den Kreisen und Kommunen werden sich diesen veränderten und deutlich verschlechterten Umständen schnell und flexibel anpassen müssen. Durch eine von Panik getriebene und in ihren Auswirkungen wenig durchdachte rot-grüne Klimaschutzpolitik werden Regionen wie unsere mit hoch entwickelten wirtschaftlichen Strukturen schwer getroffen, wenn nicht sogar in ihrer Existenz gefährdet. Beispielhaft sei hier nur auf die fatalen Konsequenzen für die in unserem Landkreis so wichtige Automobilwirtschaft hingewiesen.

Die Lockdowns im März und November 2020 aufgrund der Corona-Pandemie haben eine der schwersten Wirtschaftskrisen in der Bundesrepublik seit dem 2. Weltkrieg verursacht. Dies führte zu Verlusten an Steuereinnahmen, die zuvor niemand für möglich gehalten hätte.

Die Coronakrise und die aus ihr resultierenden teilweise fragwürdigen Einschränkungen und Verordnungen haben viele Unternehmen in unserem Land und insbesondere in unserem Landkreis finanziell hart getroffen, wenn nicht sogar an den Rand des Ruins oder ganz in den Ruin getrieben.

Die staatlichen Pandemie-Maßnahmen, die seit Anfang November 2020 gelten, sind mehr politischer Aktionismus als Schutz für die Bevölkerung. Es wurde nicht einmal geprüft, ob die von diesen Maßnahmen betroffenen Menschen und Unternehmen den erneuten Anstieg der Infektionszahlen überhaupt verursacht oder wenigstens mitverursacht haben. Dennoch nimmt man es geradezu gelassen hin, dass ganze Unternehmen und damit verbunden, viele

Arbeitsplätze in Gefahr geraten. Die Menschen in unserem Land und in unserem Landkreis sind darüber sehr besorgt.

Die aufgrund der Coronakrise beschleunigt und mitunter hektisch vorangetriebene Digitalisierung wird sich nicht nur positiv auswirken. Sie wird möglicherweise zu einem Freiheitsverlust führen, wie ihn sich heute nur wenige Menschen vorstellen können. Doch darauf wird an anderer Stelle einzugehen sein.

Sowohl der blinde Klimaglaube wie auch der Virus-Kult spielen einer nicht gerade wirtschaftsfreundlich ausgerichteten rot-grünen Regulierungspolitik jedenfalls in die Hände.

Die öffentlichen Kassen im Bund und in den Ländern geben Geld in einem derartigen Umfang aus, dass selbst bei optimistischsten wirtschaftlichen Zukunftsprognosen noch unsere Urenkel für unsere Schulden haften müssen.

Bitte bedenken Sie, meine Damen und Herren, die öffentlichen Kassen und ihre Haushalte benötigen als Grundlage ihres Infrastrukturauftrages eine stabile und gesunde wirtschaftliche Grundlage an der Basis. Dieser grundlegende Zusammenhang scheint vielen Politikern heute nicht mehr präsent zu sein. Ideologiegesteuerte politische Verblendung hat der Schlüsselindustrie in unserem Landkreis bereits schweren Schaden zugefügt. Die Folgen werden wir hier im Landkreis noch deutlich zu spüren bekommen.

Die AfD-Kreistagsfraktion Böblingen unterstützt alle Projekte, die den Menschen in unserem Landkreis, der Umwelt, aber auch der Entwicklung und Stabilität der regionalen und über-regionalen Wirtschaft dienen und förderlich sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die AfD-Kreistagsfraktion Böblingen hat seit mehr als einem Jahr die politischen Entscheidungen des Kreistages konstruktiv und kritisch begleitet. Es dürfte einigen von Ihnen aufgefallen sein, dass wir viele Entscheidungen dieses Hauses mitgetragen haben, weil wir sie für richtig hielten. Wir sehen uns hier in der politischen und gesellschaftlichen Verantwortung.

Leider wurden wir in den Fällen, in denen wir durch kritische Stellungnahme von der mehrheitlichen Meinung abgewichen sind, schnell als rechtspopulistisch oder noch Schlimmeres bezeichnet. Mit einem wahrhaftigen Demokratieverständnis lässt sich ein solches von Vorverurteilungen getriebenes Verhalten nicht vereinbaren. Wir appellieren an unsere Mitdemokraten in diesem Haus, eine solche an unselige DDR-Zeiten erinnernde Intoleranz nicht zu dulden. Bitte bedenken Sie, Sie selbst könnten die nächsten Opfer dieser linken Ideologien sein, wenn Sie diese aus Bequemlichkeit weiterhin frei gewähren lassen.

Wir stimmen allen finanziellen und haushaltspolitischen Maßnahmen und Entscheidungen zu, die wir für sachlich geboten und politisch und wirtschaftlich für erforderlich halten, sofern alle möglichen und zumutbaren Einsparungsmöglichkeiten ausgeschöpft worden sind. Rein ideologische und faktenfreie Überlegungen oder Argumente sind für uns bedeutungslos.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt im Haushaltsentwurf 2021 einige Schwerpunkte, auf die ich gerne aus unserer Sicht der AfD-Kreistagsfraktion Böblingen gerne eingehen möchte.

Wir fordern die Streichung der Antirassismus-Kampagne

Im Haushaltsentwurf sind 30.000€ für eine sogenannte Antirassismus-Kampagne eingestellt.

Die deutsche Bevölkerung ist nicht rassistisch. Wir verwahren uns ganz ausdrücklich gegen diese Unterstellung. Das Verhalten der deutschen Bürgerinnen und Bürger in den letzten Jahren hat genau das Gegenteil gezeigt. In keinem Land wurden Flüchtlinge und Asylanten offener empfangen als bei uns in Deutschland. Das ist einer der Gründe, warum die meisten Flüchtlinge nach Deutschland und nicht in ein anderes Land wollen.

Unsere deutschen Bürger und Bürgerinnen haben es nicht verdient, dass man ihnen vorwirft, sie würden Menschen hassen, die aus anderen Ländern zu ihnen kommen. Es ist aus unserer Sicht einfach böse, wenn man einem Menschen unterstellt, er würde hassen. Wir sind darüber entsetzt. Man sollte viel mehr Verständnis aufbringen für Ängste und Verunsicherungen, die aus Terror und Gewalttaten resultieren, insbesondere aus dem Islamistischen Bereich stammen.

Wir fordern weiterhin die Streichung der Einbürgerungskampagne

Der Haushaltsentwurf sieht 20.000€ für Einbürgerungsfeiern vor. In einer Zeit, in der die Menschen noch nicht einmal wissen, ob sie Ostern oder Weihnachten mit ihren Familienangehörigen verbringen können, sollte man von solchen Dingen ganz einfach Abstand nehmen.

Außerdem sehen wir einfach keinen Grund oder Anlass, die Einbürgerung von Migranten zu feiern.

Die AfD-Fraktion regt dazu an, das im Haushaltsentwurf formulierte Ziel:

„Die jährlichen Einbürgerungszahlen liegen deutlich über dem Landesdurchschnitt“

nicht länger als erstrebenswertes Ziel zu betrachten.

Wir fordern die Streichung der WLANs in den Flüchtlingsunterkünften

Der Haushaltsentwurf sieht hierzu 50.000€ vor. Die AfD-Fraktion sieht für diese Ausgabe keinen Bedarf. Jeder Asylsuchende kann auf eigene Kosten eine SIM-Karte erwerben. Es gibt keinen Anspruch auf kostenloses WLAN, auch wenn man sich auf der Flucht befindet.

Es gibt viele deutsche Familien, die zuhause noch kein WLAN haben. Ebenso sollte man sich die den Stand der Digitalisierung an unseren Schulen näher ansehen, bevor man Flüchtlingsunterkünfte großzügig mit kostenlosem WLAN ausstattet.

Noch ein ganz anderer Gesichtspunkt in diesem Zusammenhang: Das Land Baden-Württemberg hat an 180 Standorten seine Gerichte (Amtsgerichte, Arbeitsgerichte, Verwaltungsgerichte usw.) noch nicht mit WLAN ausgestattet. Aber bei Flüchtlingsunterkünften soll dies nun ganz schnell gehen.

Wir halten das für einen Irrsinn.

Wir fordern die Streichung der Maßnahmen zur Stabilisierung von Flüchtlingen mit traumatischen Erfahrungen.

Der Haushaltsentwurf sieht hierzu 45.000€ vor. Das Asylrecht ist ein inhaltlich und zeitlich begrenztes Recht. Sobald sich ein Flüchtling in Deutschland in Sicherheit befindet, ist das Asylrecht erfüllt. Eine Stabilisierung von traumatischen Erfahrungen aus der Zeit vor oder auf der Flucht ist nicht Gegenstand des Asylrechts und auch nicht notwendig. Die Position sollte daher als Freiwilligkeitsleistung gestrichen werden.

Wir fordern auch die Abschaffung der Stelle des Integrationsbeauftragten

Die AfD-Kreistagsfraktion Böblingen verweist darauf, dass die Bestellung eines kommunalen Integrationsbeauftragten eine freiwillige Leistung ist. Aus unsere Sicht muss jeder Migrant zunächst einmal ein eigenes Interesse an seiner Integration haben und seine Integration aus eigener Kraft und eigener Motivation betreiben. Man sollte die Selbstintegration sogar von jedem Flüchtling ausdrücklich verlangen.

Meine Damen und Herren, bitte denken Sie einmal daran, dass die ersten Gastarbeiter, so nannte man diese Menschen damals, die in den 50er und 60er Jahren nach Deutschland kamen, auch keinen Integrationsbeauftragten hatten. Dennoch haben sich diese Menschen sehr gut in unserem Land integriert. Und ob Sie es nun glauben oder nicht, meine Damen und Herren, unsere Partei, die AfD, hat unter diesen Menschen viele Anhänger und sogar Mitglieder.

Ich habe Ihnen einige Schwerpunkt genannt, die wir aus unserer Sicht der Fraktion für erwähnenswert halten. Im Übrigen bitten ich Sie, Herr Landrat Bernhard und das Plenum, bei allen Positionen gerade unter den aktuellen Bedingungen in der jetzigen Zeit, den Grundsatz der Sparsamkeit mehr denn je im Auge zu behalten. Es ist zu befürchten, dass wir in der Zukunft nicht mehr die Haushalte verabschieden können wie es in der Zeit vor der Pandemie der Fall war.

Wir bitten Sie deshalb nur dort Geld auszugeben, wo es aufgrund unserer öffentlich-rechtlichen Aufgaben wirklich sachlich erforderlich und geboten ist.

Im Übrigen hoffen wir auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit Ihnen im Plenum und in den Fachausschüssen, die von sachlicher Argumentation getragen ist.

Ich bedanke mich bei Ihnen.